

Spangenberg Zeitung.

Zeitung für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Erscheint

wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Vierteljahr 12.00 M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage Haus und Herd.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 13.50 M.
Telegraphen-Adresse: Zeitung.
Korrespondenz Nr. 27.



Anzeigen

werden die sechsseitigen 8 mm hohe (Pett)-Belle oder deren Raum mit 1.— M. berechnet; auswärts 1.30 M. Bei Mietersholungen entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 3.— M. Verbindlichkeit für Nachdruck, Datenveröffentlichung und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen auf Postcheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 20771.
Annahmehöhe für Offerten und Ankündigungen beträgt 50 Pf. Zeitungsbeklagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer, Spangenberg • Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 72.

Sonntag, den 25. Juni 1922.

15. Jahrgang.

Aus der Heimat

Spangenberg, den 24. Juni 1922.

Die „Hutlosigkeit“ greift in diesem Sommer über die Dörfer, auch gereifte Männer sieht man ohne Hut auf der Straße; die einen in wackelnder Mähne oder Scheitel, andere in ihrer „Platte“, die sie mutig gegen Sonnenstrahlen preisgeben, bis sie häßlich krebbsrot geworden ist. Die Hutfabriken und die Hutändler werden über diese Einrichtung nicht sehr erbaut sein — aber die nicht ungeschickten, dabei gesund und — billig. Nur die bedingten Damen halten es für unter ihrer Würde, uns auf der Straße durch ihren natürlichen Hauptschmuck zu erkennen.

jugverkehr. Nach einer amtlichen Mitteilung vom 1. Juli d. J. ab auf der Strecke Weisfeld-Leineselde der Betrieb aus wirtschaftlichen Gründen vereinfacht werden. Der bisher auf dieser Strecke verkehrende Durchgangsverkehr wird in Schweige dadurch unterbrochen, daß die Züge dort später ankommen und die Anschlüsse früher von dort abgelassen werden werden, um die weiteren Anschlüsse in Leineselde zu ermöglichen.

Das Ende des Notgeldes. Der finanzielle Ausschuss des vorläufigen Reichsministeriums beschäftigt sich mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Ausgabe und Einlösung von Notgeld. Der Entwurf bestimmt, daß Notgeld nicht mehr herausgegeben werden darf und umlaufendes Notgeld bis zu einem bestimmten Zeitpunkt einzulösen ist. Die oberste Landesbehörde kann anordnen, daß eingelöstes oder zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes in den Ausgabestellen noch vorhandenes Notgeld ohne Entschädigung zu vernichten ist. Verschädigtes Notgeld muß eingelöst werden, wenn mehr als die Hälfte des Stüches oder bei Metall oder ähnlichen Stoffen ein nicht anders als durch den gewöhnlichen Umlauf im Verkehr verringertes Stück vorgelegt wird. Der Entwurf

enthält außerdem eine Ermächtigung des Reichsministers der Finanzen. Ausnahmen zuzulassen, und Strafbestimmungen gegen den Ausgeber, Hersteller und Feilhalter. Die Verschiedenheit der umlaufenden Geldsorten öffnet Fälschungen Tür und Tor, bereitet dem Verkehr Schwierigkeiten und macht im Ausland einen schlechten Eindruck. Der Vertreter des preussischen Handelsministeriums schloß sich dem Standpunkt der Reichsregierung an und machte Mitteilung, daß bis zum Mai 1921 47431000 Mark Notgeld in Preußen in Umlauf gewesen sind. Der Ausschuss nahm nach kurzer Erörterung der Vorlage folgenden Antrag an: Zu Sammelzwecken dürfen solche Urkunden ausgegeben werden, wenn durch die Ausschüttung deutlich erkennbar ist, daß es sich um Ersatzgeld handelt. Der Zeitpunkt, bis zu dem das Notgeld eingelöst sein muß, wurde auf den 30. September dieses Jahres festgesetzt. Das Gesetz wurde mit den Abänderungen mit allen gegen eine Stimme auch in einer zweiten Lesung gebilligt.

Ein Ehrenmal. Anchriften aller ehemaligen 11er Pioniere (Mainz-Gann-Münden) erbittet der Ausschuss für Errichtung eines Ehrenmals für die gefallenen 1500 Offiziere und Mannschaften baldigt an Hartenstein Gann-Münden. Wettbewerb ist bereits ausgeschrieben. Spenden erbeten auf Konto Pionierdenkmal Hessischer Vantverein Gann-Münden. (Postcheckkonto Hannover 2564)

Für Obstbaumbesitzer. Im Juni tritt die Gespinnmotte in schleierähnlichen Raupenstadien an Apfel- und Zwetschenbäumen auf. Die Befitzer und Verwalter von Obstbaumpflanzungen werden auf tun, die Raupen in den Nestern in den frühen Morgenstunden, zu welcher Zeit die Raupen noch zusammenhängen, zu vernichten. Anfangs Juli puppen sich die Raupen der Gespinnmotte am Baume ein. Die Puppen sind ebenfalls durch Verbrennen oder Zerdrücken zu beseitigen. Die Beachtung dieser Ratschläge liegt im Interesse jedes Obstbaumbesitzers.

Gegen Wucher und Preistreiber. Die Provinz- und Landesparlamente Deutschlands haben in einer in Eisenach abgehaltenen Versammlung beschlossen, sich gemeinschaftlich mit den übrigen Verbraucherverbänden an die Länderregierungen, die Abgeordneten, den Reichsrat, den Reichstag und alle sonstigen einflussreichen Instanzen

zu wenden und mit allem Nachdruck energische Maßnahmen gegen Wucher und Preistreiber zu verlangen. Es wurden Richtlinien angenommen, die u. a. fordern: Grundständig keinerlei Geldstrafen, sondern nur Freiheitsstrafen oder andere Strafen entsprechender Art, keinerlei Strafverfall oder Vergnadigung, reißlose Beschlagnahme des wucherischen Gewinns, rückwärtslose Namensnennung in der Presse (Aushang auf Plätzen und Märkten), Landesverweisung landfremder wucherischer Händler, scharfe Überwachung des Grundstücks-, besonders des Güterhandels zur Verhütung der immer wahrscheinlicher hinaufgetriebene Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Letzte Nachrichten.

Berlin. Nach einer amtlichen Mitteilung wurde heute vormittag Minister Rathenau kurz nachdem er seine Villa in Grunewald verlassen hatte um sich in das auswärtige Amt zu begeben erschossen. Der Täter fuhr im Auto neben her, saufte nach vollbrachter Tat weiter und konnte entkommen.

Wichtig für Schuhmacher

Schuh-Reparaturwerkstätten!

Fordern Sie Angebot u. Drucksachen über die konkurrenzlose Schlen-Nagelmaschine

„Möde auf Leisten“

EXIM A.G., Abt. I J. 52 Berlin W. 8
Friedrich, Ecke Leipziger Str.

Spitzen.

Roman von Paul Lindau.

Copyright 1920 by Wiemanns Zeitungsverlag, Berlin W 66.
„Wird er denn gefesselt?“ fragte Hermine.
Der Zwischenfall war bald in Vergessenheit geraten, aber die heftige Stimmung wollte doch nicht wieder aufkommen.

Ulrich war verstimmt, er war beunruhigt über das Verhalten der Gräfin, vielleicht konnte er doch noch in der Nacht etwas Näheres erfahren. Unter dem wiederholten Vorwand, daß er müde von der Reise sei, schied er sich nach kurzer Zeit, um sich zu verabschieden. Die anderen schickten sich zum Gehen an. Er drückte Franz die Hand, und bei der Gelegenheit ließ er unmerklich die Uhr in ihre Finger gleiten. Franz blinnte ihm lächelnd zu und jagte ihm leise ins Ohr, ganz leise, und wieder so nah, daß er ihre Lippen fühlte: „Sie sind ein Engel! Ein Engel! Ich liebe Sie immer noch!“

Legationsrat von Bernitz schloß sich dem Fürsten an. Es war kurz nach halb drei, als sie auf den Abgangspfad traten. Die anderen folgten wenige Minuten darauf.

IX.

Mus ihrem ohnmachtartigen Anfall war die Gräfin Sullivan durch das zwar leise, aber beharrliche Pochen an die Tür, die vom Für in das Partizimmer führte, geweckt worden. Mit Mühe hatte sie sich aufgerafft und bis zur Tür geschleht.

„Wenn die gnädige Frau öffnen wollen“, rief der Portier Peterberg, „wir sind alle zur Stelle!“
Die Gräfin sagte in kurzen Worten, daß in ihrem Toilettenzimmer eingebrochen sein müsse. Der Rüttler, Rentmann und der Portier Peterberg, denen sich Hotte anschloß, traten, nachdem sie den Diegel zurückgeschoben hatten, ein.

Sie kamen bald wieder zur Gräfin zurück.
„Der Rapport lautet: „Es brennt Licht, der Goldschrank ist abgerückt, in der Hinterwand sind große Leinwand Böcher, am Boden liegen zwei geöffnete, leere

„Wir müssen die Ausgänge besetzen, damit die Diebe, wenn sie noch im Hause sind, nicht entkommen, und sofort zur Polizei schicken!“ war der Vorschlag des Portiers.

„Gehen Sie sofort zum nächsten Polizeibüro und melden Sie, was geschehen ist!“ befahl die Gräfin.
„Wenn die gnädige Gräfin gestatten, laufe ich hin“, meldete sich Bob, der nur die Mühe aufzusehen brauchte, während Hotte, der schnell seine Beinfeider und Toppe angezogen hatte, und in seine Morgenschuhe geschlüpft war, längere Zeit gebraucht haben würde, um sich zum Ausgehen bereit zu machen.

„Beile die!“
„Das gesamte Personal begab sich wieder auf den Hof und wartete dort in eifriger Erörterung des Vorfalles auf Bob und die Beamten. Die Gräfin streckte sich ganz erschöpft auf die Chaiselongue und schloß die Augen. Nero stand neben ihr.

Bobs Meldung versetzte den Wachtmeister und die Schutzleute in große Aufregung. Se. Erzellenz Graf von Hened, einer der höchsten Beamten, war bestochen, nach den Angaben des Dieners handelte es sich bei diesem Diebstahl um sehr bedeutende Wertgegenstände — der Fall erschien dem Wachtmeister doch zu wichtig, um eigenmächtig vorzugehen. Er hielt sich vielmehr für verpflichtet, den Polizeileutnant zu wecken. Auch dieser legte der Sache die vollste Bedeutung bei. Alle Büros wurden sogleich durch Zirkularbefehle von dem Diebstahl benachrichtigt. Außerdem deponierte er sofort an das Zentralbüro und ersuchte den nachhabenden Kriminalkommissar, sich auf schnellstem Wege zum Palais des Grafen Hened in der Wilhelmstraße zu begeben.

Nachdem er noch andere auf den Fall bezügliche Weisungen für sein Revier gegeben hatte, begab er sich mit Bob, von dem Wachtmeister und mehreren Schutzleuten begleitet, nach dem Palais.

Er ließ sich von der Gräfin von Hened von den ihr bekannten Umständen, welche die verbrechenreiche Tat begleitet hatten, von der Zeit, dem Anschlag des Bundes, dem unheimlichen Schlägen usw. genau unterrichten und bat dann die Frau Gräfin, ihn in das Toilettenzimmer zu führen. aletschetta

richtete er an die gnädige Frau die Bitte, das ganze Palais taghell beleuchten zu lassen, namentlich das Erdgeschloß.

„Haben Sie auf irgend einen Ihrer Leute Verdacht, Erzellenz?“ fragte er.

„Nicht den geringsten.“
„Die Umstände sprechen aber dafür, daß der Diebstahl von einem Ihrem Hause Angehörigen verübt worden ist. Wir werden also später eine sehr genaue Hausdurchsuchung abhalten: wir werden schon Spuren finden. Sind Sie des Portiers sicher, Erzellenz?“

„Vollkommen sicher! Er ist seit dreißig Jahren im Dienste meines Mannes und treu wie Gold!“

„Wenn Sie nun vor allem die Güte haben wollten, den Schrank zu öffnen und festzustellen, was gestohlen worden ist.“

Während der Leutnant mit einer gewissen sachkundigen Beherrschung die großen Öffnungen musterte, sagte er: „Die Diebe müssen doch aber viel Zeit gehabt haben! Das ist ja vollkommen Kunstarbeit! Die das getan haben, sind nicht bei ihrem ersten Einbruch!“

Als die Gräfin die Vorbürde des Schranke geöffnet hatte, wurde sie atemlos, der Schred lähmte sie, sie wollte und der Beamte mußte ihr zu Hilfe springen, um sie zu fügen.

„Amoral!“ schrie!

Was das für sie zu bedeuten hatte, vergegenwärtigte sie sich erst jetzt — und niemand außer ihr und noch einem, niemand anders auf der ganzen weiten Welt konnte ahnen, was ihr geschehen war!

„Meine Spitze fehlt mir“, sagte sie, nachdem sie sich gesammelt hatte. „Es wäre ein unerklärlicher Verlust.“

„Wie hoch schätzen Sie den Wert?“

„Er ist nicht zu schätzen.“

„Also eine alte Spitze!“
„Ja!“ Die Gräfin verbesserte sich: „Mein, die Nachahmung einer alten, aber eben so schön wie das Original! Unschätzbar!“
„Nun, gnädige Gräfin, Spitzen sind schwer verkäuflich, namentlich auffallend schöne und kostbare. Die dürften wir am leichtesten wiederbekommen.“
„Korrekturen folgt“

Von Woche zu Woche.

Raubbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Der geheute Hase muß schon froh und dankbar sein, wenn ihm eine gewisse Schonzeit bewilligt wird. Das geheute Deutschland hat jetzt eine lässliche Liebesgabe erhalten, allerdings nur auf eine kurze Zeit. Unser alter Feind Poincaré hat bei unserem halben Freund Lloyd George in London Visite gemacht und dabei zugestanden, daß er im Monat Juli seinen Hund gegen Deutschland loslassen werde. Dieser Moment soll zum „Studium“ der deutschen Verhältnisse verwendet werden. Also sind wir für die nächsten vier Wochen vor neuen „Sanktionen“ gesichert.

Und nach Ablauf dieser Schonzeit? Nach dem vorliegenden Bericht soll Herr Poincaré aus noch das Zugeständnis gemacht haben, er werde bei ungenügendem Umsatz der Rüstung nicht sofort zu eigenmächtiger Rüstung greifen, wie er bisher angedroht hatte, sondern sich erst mit England, Belgien und Italien über die Zwangsmaßnahmen besprechen. Das ist nicht viel, aber doch mehr als gar nichts. Denn bei einer solchen Besprechung haben die vernünftigeren Genossen noch die Möglichkeit, auf die französischen Vorkämpfer etwas kühlendes Wasser zu spritzen und ihnen klar zu machen, daß eine erwürgte Henne keine Eier mehr legt.

Reute, die stark im Hohen sind, behaupten sogar, in Frankreich möge die friedliche Richtung beträchtliche Fortschritte. Nicht aus Mäglichkeit, sondern aus der wachsenden Erkenntnis, daß die heiß ersehnten Milliarden eher aus einer deutschen Weltanleihe, als aus dem besetzten Ruhrgebiet zu holen seien. Sie sagen sogar, die heimgereisten Bankiers müßten wohl viel früher zurückberufen werden, wie sie selber gedacht hätten. O ja, es wäre sehr schön, wenn es so käme; aber was man sich allenfalls als möglich denken kann, wird noch nicht wahrscheinlich. Von den Bedingungen, welche die Bankiers gestellt haben, stehen die wichtigsten noch in weiterem Felde. Deutschland muß warten und immer wieder warten, bis die Franzosen sich vollends besetzt und die früheren Kampfgenossen sich über die große Schuldenfrage untereinander verglichen haben.

Zugleich haben wir freilich Arbeit genug. Das Steuerkompromiß mit der Zwangsanleihe muß durchgeführt werden, und obenin brennt uns jetzt die Brotfrage auf die Nadel. Mit einer unheimlichen Schärfe stoßen da die Interessen der Produzenten und der getreibebauenden Landwirtschaft aufeinander. Da können wir in den schlimmsten Klassenkampf hineingeraten, wenn nicht ein Ausweg gefunden wird. Der Ausweg des Reichstages, der diese harte Aufgabe zu machen hat, ist wirklich nicht zu beneiden. Er ist eifrig an der Arbeit, um einerseits der minder bemittelten Bevölkerung das tägliche Brot zu einem erschwinglichen Preise zu liefern und andererseits der Landwirtschaft nicht mehr Opfer aufzuerlegen, als unbedingt notwendig ist, und zugleich für die Opfer einen Ersatz zu verschaffen, der zur weiteren Hebung des Getreidebanes aufmuntert. Es muß schließlich zur Beschäftigung kommen, denn hinter dieser Brotfrage steht die Erkenntnis, daß wir alle zusammen, Industrie und Landwirtschaft, gemeinsam in den Abgrund stürzen, wenn wir uns nicht gegenseitig helfen.

Das Gefühl für nationale Eintracht und patriotische Pflicht wird durch die außenpolitischen Verhandlungen im Reichstage frisch belebt. Möge der Gemeinfinn auch die Brotprobe bestehen! Sonst dürfen wir die deutschen Fahnen, die beim Verlust des östlichen Oberriesen auf halbmaß gesetzt waren, überhaupt nicht wieder hochziehen.

Alles schon dagewesen!

Ein fürklicher Mächtigkeitsverein des 16. Jahrhunderts.

In unserer Zeit der Not erobert es nicht eines gewöhnlichen Interesses, eines Vereins zu gedenken, der vor fast 400 Jahren in Deutschland gegründet wurde. Es waren die deutschen Fürsten, die zusammenströmten — bewegt vom Geist der Zeit — dem deutschen Volke mit gutem Beispiele voranzugehen durch ein „Rittergeseß und mächtigeres Leben bei sich und ihrer Umgebung“. Ein „Gesellensgeseß“ mit der Verbrennung in Heidelberg hatte zahlreiche deutsche Fürsten am Niedar zusammengeführt, neben den Mitgliedern des Hauses Pfalz-Bayern u. a. auch den Kurfürsten von Trier, Landgraf Philipp von Hessen, Markgraf Kasimir von Brandenburg, die Bischöfe von Würzburg, Speyer, Straßburg und Freising. Hier muß wurde beschlossen, daß ein jeder von ihnen, gütigst und wohlwollend, sich „alles Zutunens zu ganz oder teilweisem Völlig enthalten“ und es „auch seinen Untertanen, Lehensleuten, Dienern und Untertanen bei namhafter Strafe unterlagen sollte“. Auf den Adel und die Grundbesitzer — von den Städten geschieht keine Erwähnung — sollte eingewirkt werden, sich ebenfalls diesem Bunde anzuschließen.

Indes wurden auch Ausnahmen zugelassen. Wer nach dem Norden Deutschlands, nach der Mark, Pommern und Mecklenburg, nach Sachsen und in die Niederlande käme — „wo zu trinken Genöslichkeit ist“ — sollte von den Vereinbarungen entbunden sein. Auch die Mächtigkeitsfreiheit im Begriff, der bestimmt, daß kein Fürst über Fürst beim Gesellschaf oder freundschaftlichen Zusammenkommen dem anderen „über acht Essen“ zu einer Mahlzeit geben dürfe, es sei denn daß einer Kochzeit oder dergleichen. Bei Speisen haben, sollte man nicht mehr, wie bisher, goldene Ringe zum Geschenk geben, und jeder Fürst solle seine Trompeten, Buben und Schalken nur so ausreißend besolden, daß sie sich daran genügen lassen könnten.

Also ward am Sonntag Erasmi 1524 zu Heidelberg beschlossen. Ueber die weiteren Schicksale dieses fürklichen Mächtigkeitsvereins verläutet nichts. v. W.

Die Getreidemlage.

Keine Mehrheit im Ausschuss.

Nachdem die Frage der Getreidemlage zunächst in einem Unterausschuss beraten worden ist, beschloß sich am Freitag wiederum die Vollziehung der Reichstagskommission damit.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Rechten auf Wiederherstellung der freien Wirtschaft mit 10 gegen 10 Stimmen (Soz. und Unabh.) und 8 Enthaltungen abgelehnt. Der Stimme enthielten sich die fünf Mitglieder des Zentrums und die drei der Demokraten. Durch die dadurch herbeigeführte Stimmengleichheit ergab sich die Ablehnung.

Das gleiche Schicksal hatten die Anträge über die Menge der Getreidemlage. Nachdem der sozialdemokratische Antrag auf 4 1/2 Millionen mit 10 gegen 17 Stimmen abgelehnt worden war, kam der Antrag der Rechten, nur 1 1/2 Millionen anzulegen, zur Abstimmung. Er wurde mit 11 gegen 11 Stimmen und 8 Enthaltungen abgelehnt. Wiederum enthielten sich die Demokraten der Abstimmung, nachdem aber vom Zentrum ein Abgeordneter für die 1 1/2 Millionen Stimmen stimmte, stimmte sofort ein anderes Zentrumsglied dagegen, so daß sich nur 4 Zentrumsgliedern der Stimme enthielten, wodurch Stimmengleichheit, d. h. Ablehnung herbeigeführt wurde.

Das gleiche Schicksal widerfuhr dem Eventualantrag auf 2 Millionen Tonne, und schließlich wurde auch die Regierungsvorlage mit 2 1/2 Millionen Tonne mit der gleichen Stimmengleichheit und in gleicher Weise zu Fall gebracht.

Durch diese Abstimmung fehlte dem Gesetz nun die Grundlage. Wohl verlangte die Regierung eine Weiterberatung, allein die beiden sozialdemokratischen Parteien wehrten sich dagegen und verlangten den Abbruch der Verhandlungen. Schließlich wurde die Sitzung abgebrochen, um den Regierungsparteien Zeit zu Verhandlungen zu geben.

Feldmarschall Wilson ermordet.

Einsamer als Täter.

In ganz England herrscht große Aufregung über den gewaltigen Tod des Feldmarschalls Wilson, der im Kriege Generalstabchef des britischen Heeres war. Klatsch und Hetz der Draht folgendes über den Vorgang:

Der Feldmarschall Sir Henry Wilson wurde auf seinem Landgut bei London von zwei Männern erschossen. Die beiden Täter wurden verhaftet. Wilson erhielt insgesamt drei Revolverkugeln.

Den offiziellen Polizeibericht über die Mordtat verlas der Vorkämmerer im englischen Oberhaus. Danach wurden am Donnerstag nachmittag der beschäftigungslose Hannes O'Brien (24 Jahre alt) und der beschäftigungslose O'Connell, beide ohne Beruf und Wohnort, beobachtet, wie sie aus dem Hause Eaton Place 36 eilfertig entflohen. Sie wurden von einem Polizeibeamten verfolgt. Dieser erhielt einen Schuß in den Unterleib und wurde schwer verletzt. Ein anderer Beamter, der die Verfolgung forsetzte, wurde am Bein verwundet. Beide befanden sich im Hospital, ebenso ein Zivilist, der sich anscheinend an der Verfolgung beteiligt hatte. Mehreren anderen Polizeibeamten gelang es dann, die beiden Flüchtlinge zu erreichen und festzunehmen. Die beiden Verhafteten leisteten den Beamten heftigen Widerstand. Es wurden bei ihnen Papiere gefunden, aus denen hervorzugehen scheint, daß sie der irischen republikanischen Armee angehören. Marschall Wilson ist dreimal getroffen worden. Ein Schuß hatte das Bein durchbohrt, ein anderer einen Arm und der dritte den Leib. Ein Arbeiter, der Augenzeuge der Attentates war, berichtet, daß die beiden Täter drei Schüsse auf den Marschall abgaben in dem Augenblick, wo er sein Auto verlassen hatte und sich in seine Wohnung begeben wollte. Nach den ersten beiden Schüssen eilte der Marschall auf die Tür seines Hauses zu und versuchte sie zu öffnen. Hierauf fiel der dritte Schuß, worauf der Marschall stürztaumelte und zusammenbrach. — Der angefallene Polizist ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen. — Der Grund zu der Mordtat ist zweifellos ein politischer. Da Wilson ein entschlossener Gegner der Selbstständigkeit Irlands war.

Landwirtschaftsausstellung in Nürnberg.

Die von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Verbindung mit der 37. Wanderversammlung veranstaltete 29. Wanderausstellung in Nürnberg wurde durch Freiherrn von Thüning, dem Präsidenten des Gauwes Bayern der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, mit einer Ansprache eröffnet. Der Redner schäme die Ziele der Ausstellung und ihre Bedeutung für Bayern und für die hohen Verantwortung der Allgemeinheit gegenüber wohl benutzt. Er wird über die Pflicht tun, wie sie es im Kriege getan hat, sie wird die Aufgabe tun, um der heimatischen Sohle den größtmöglichen Nahrungsertrag an Nahrungsmitteln und Tieren abzurufen, damit Deutschland — was es in der Lage ist — sich selbst ernährt, denn nur so werden wir über die fernigen Winterzeiten hinwegkommen.

Nachdem die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden die Ausstellung begrüßt hatten, brachte der Vorsitzende des Vorstandes Landesherr v. Wechsungen-Karlsberg auf die Stadt Nürnbergs einen hoch aus. Unter den Klängen des bayrischen Volklieders wurde die Feier geschlossen. Der Besuch der Ausstellung war schon am Eröffnungstage ein äußerst zahlreicher. Alle Abteilungen der Ausstellung sind aus dem ganzen Reich reichlich besetzt worden.

Politische Rundschau.

Im Badischen Landtag erklärte der Präsident des

Landesfinanzamts wegen Differenzen mit der Kreisregierung seinen Rücktritt.

In Unterhaus wurde kein Antrag über die Getreidemlage erlegt.

Der Reichstag richtete an den Kaiser in Beuthen D.S. anlässlich seines 25-jährigen Jubiläums ein herzliches Glückwunschschreiben.

Ein vernünftiger Beschluss. Der in Leipzig abgehaltene Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes lehnte in namentlicher Abstimmung eine Zweidrittelmehrheit einen Antrag ab, wonach mit gewerkschaftlichen Mitteln verhindert werden sollte die Zwangsschlichtungsordnung gesetzlich zu werden.

Die unabhängige Berliner „Freiheit“ ist mit dem Beschluss ganz und gar nicht einverstanden. Sie schreibt dazu: „Damit dürfte auf neue Weise erbracht sein, daß die rechtsozialistischen Parteien in Leipzig vollkommen unter dem Einfluss der rechtsozialistischen Koalitionspolitik stehen und Gewerkschaftspolitik parteipolitisch festlegen.“

Das oberste Ministerium. Die deutsche Flotte geht, nachdem die Salomonen Inseln gesamt waren. Die Besatzungstruppen schickten darauf als Beobachtungsabteilung. Die Maßnahmen sind in der zweiten Zone beendet. Das deutsche Reichsheerregiment steht in Westfalen ein. Dann beginnen die Räumungsmaßnahmen der dritten Zone. In dieser Zone liegen die Länder und Grenzland, die sich östlich von der Grenze befinden, also in polnischen Besitz übergegangen sind. Am 25. Juni ist Flaggenschiff in den nachrichtigen der Besatzungstruppen. Am 26. Juni ist deutsche Truppen in Hohenberg ein. Der 26. Juni ist gleichzeitig der erste Tag der Räumungsmaßnahmen in der vierten Zone. In dieser Zone sind die Festung, Pless sowie der polnisch niedrige Teil von Hindenburg. — Die Übergabe der Stadt Königsberg hatte an die polnischen Behörden erfolgte Übergabe.

Die Vorkämmererkonferenz gegen den Reichspräsidenten. Wie haben am 1. August im Reichspräsidenten. Er trat dort die Vorkämmererkonferenz zusammen, um die deutsche Regierung als „Protest“ gegen die Nebenbestimmungen des Reichspräsidenten gegen die Reichspräsidentenkonferenz mit Deutschland“ gefandt werden soll. Ferner wurde der Wortlaut eines Schreibens an den Oberkommissar Tirard festgestellt, das ihn davon benachrichtigen soll, daß die in Deutschland verhafteten politischen Gefangenen im Rheinland untergebracht werden, und in dem die Funktionen des Oberkommissars näher erläutert werden.

Landtagesausschuss in Sachsen. Nach einer Mitteilung aus Dresden gab bei der Beratung des Finanzetats im Landtag die kommunistische Fraktion eine Erklärung ab, in der sie ihre Bereitwilligkeit erklärte, dem Finanzetat zuzustimmen und die sozialistische Regierung zu unterstützen. Die K. P. D. fordert die beiden sozialistischen Parteien auf, gemeinsam die Auflösung des Landtags vorzunehmen und in geschlossener Front für die Arbeiterregierung einzutreten. Demnach ist bei der in nächster Zeit bevorstehenden Verabschiedung des Gesamtetats der beiden Annahme durch die drei Linksparteien zu rechnen.

Erhöhte Rechtsanwaltsgebühren. Ein Antrag der Reichspräsidenten. Er trat dort die Vorkämmererkonferenz zusammen, um die deutsche Regierung als „Protest“ gegen die Nebenbestimmungen des Reichspräsidenten gegen die Reichspräsidentenkonferenz mit Deutschland“ gefandt werden soll. Ferner wurde der Wortlaut eines Schreibens an den Oberkommissar Tirard festgestellt, das ihn davon benachrichtigen soll, daß die in Deutschland verhafteten politischen Gefangenen im Rheinland untergebracht werden, und in dem die Funktionen des Oberkommissars näher erläutert werden.

Die Verzinsung der Zwangsanleihe ist vom Reichstagsfinanzkommissionen geregelt worden. Danach wird dem Plenum vorgeschlagen, daß die Zwangsanleihe bis zum 31. Oktober 1925 unterzinst ist und vom 1. November 1925 an bis zum 31. Oktober 1926 an in Höhe von 4 Prozent und vom 1. November 1926 an in Höhe von 5 Prozent jährlich verzinst wird. Die Regierungsvorlage hatte ursprünglich nur 3 resp. 4 Prozent zugebilligt. Die Zinsen werden halbjährlich, am 1. Mai und am 1. November, estimated am 1. Mai 1926 fällig.

Änderung der Volkshochschulordnung. Der Reichstag hat die Volkshochschulordnung dahin abgeändert, daß als Höchstbetrag einer Einschaltung 100 000 Mark festgesetzt wurde und als Höchstbetrag für telegraphische Aufträge 10 000 Mark. Die Regierung hatte nur 20 000 und 5000 Mark vorgeschlagen.

Neuansgabe von Notgeld verboten! Ueber die Ausgabe und die Einführung von Notgeld hat der Reichstag einem Gesetzentwurf zugestimmt, wonach die Gemeinden und Privatunternehmungen genehmigt werden sollen, nachdem der Bedarf an Kleingeld durch die Neuprägungen im allgemeinen als gedeckt zu betrachten ist. Die Vorlage legt eine Verpflichtung des Reichspräsidenten fest, das Notgeld gegen Zahlung seines Nominalwertes einzulösen. Die Neuansgabe von Notgeld ist verboten. Der Finanzminister ist ermächtigt, Ausnahmen zuzulassen, falls die Vertriebsbedürfnisse es erfordern. Der Reichstag änderte den Entwurf nur darin ab, daß die Frist der Einführung auf drei Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes verlängert werden soll.

Die Beherbergungsfsteuer.

Ausführliche für Ausländer. Die preussische Regierung hat dem Staatsrat folgende Gesetzentwürfe über die Besteuerung der Beherbergungsverträge durch die Gemeinden vorgelegt:

gegen lassen. Nach diesem Entwurf ist eine Verzinsung in allen Gemeinden mit mehr als 1000 Einwohnern (in Kur- und Baderorten auch mit weniger Einwohnern) vorgesehen. Danach unterliegt das Vermögen von Zimmern oder Wohnungen in Hotels, Gasthäusern, Wirtschaften, Pensionen und Privatwohnungen zu vorübergehendem Aufenthalt (unter sechs Monaten) einer besonderen Steuer. Ausgenommen sind davon Schüler, Bekräftigte und kranke Personen in öffentlichen Krankenanstalten. Die Steuer beträgt bei einem täglichen Gesamtentgelt von mehr als 10 bis einschließlich 75 Mark 15 v. H., von mehr als 75 bis einschließlich 200 Mark 20 v. H., von mehr als 200 bis einschließlich 500 Mark 30 v. H., von mehr als 500 Mark 40 v. H. des Entgelts. Ein tägliches Gesamtentgelt bis zu 10 Mark bleibt steuerfrei. Bei Vermietung von Zimmern oder Wohnungen an Personen, die am 1. Januar 1921 ihren Wohnsitz nicht in Deutschland hatten, beträgt die Steuer das Fünftel des regelmäßigen Steuerbetrages. Durch Gemeindebeschluss können die Sätze bis auf das Doppelte erhöht werden. Der Gemeindevorstand kann von der ihm eingeräumten Befugnis, die Steuer aus Vermögensgegenständen ganz oder teilweise zu erlassen, Gebrauch machen.

Der Staatsrat stimmte dem Gesetzentwurf mit einer Änderung der Sätze dahin zu, daß 20 Mark steuerfrei bleiben und die Steuer bei Beträgen von 20-50 Mark 10 Prozent, 50-100 Mark 15 Prozent, 100-200 Mark 20 Prozent, 200-500 Mark 30 Prozent und über 500 Mark 40 Prozent beträgt.

Rundschau im Auslande.

Der französische Senat hat einen Gesetzentwurf, betreffend die Einbürgerung von Wehrdienstleistungen für die während des Krieges in Frankreich gestorbenen deutschen Soldaten angenommen.

Der spanische Minister des Aeußeren gibt den Absichten der spanisch-französischen Handelsvertragsverhandlungen bekannt.

Frankreich: Phantastien.

Bei der Beratung des Militärgesetzes in der Kammer verlangte der sozialistische frühere Kriegsminister Revere die vorläufige Beschlagnahme der zweijährigen Dienstzeit aus Verhinderung vor heimischen deutschen Militärs. Er sagte weiter dazu, die Regierung habe das Versprechen gegeben, den Betrag von vierhundert Millionen auf die Anwendung zu bringen. Man befürchte sich keinem verkürzten und ruinösen Zustand habe es seine Ausübung wieder aufgenommen. Deutschland sei belagert, aber Frankreich müsse finanziell die Reparationskosten vorziehen. Die deutschen Finanziers schänden ihren Machtbesitz ins Ausland. Deutschland ist ruiniert, aber in Hamburg laufe jeden Tag ein Schiff vom Stapel, und die deutschen Fabriken seien mit Aufträgen überhäuft. Die Kammer lehnte seinen Antrag schließlich mit 551 gegen 9 Stimmen ab.

England: „Ankündigungs Gerüche“.

Im englischen Unterhaus hielt es der Abgeordnete Wegmond für angebracht, die Regierung zu fragen, ob der Premierminister über Mitteilungen oder Informationen bezüglich eines möglichen Einmarsches in Deutschland bevorstehenden reaktionär-monarchistischen Staatsstreikes verfüge, und ob er erklären könne, daß die allierten und assoziierten Mächte jede Wiedererlangung des Hauses Hochschulen über Mittelbad als unfruchtbar ansehen würden. Ihm wurde erwidert, daß kein Kenntnis kämen, sie verfüge jedoch über keine genauen Informationen.

Italien: Die Waffen sollen entscheiden.

Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, ist Mustafa Kemal Pascha von Jsmid abgezogen, um im Hauptquartier einem Kriegszug zu präsidieren. Er erklärte vor der Presse, daß die anatolische Frage nur durch die Waffen entschieden werden könne.

Soziales.

Vertagung der deutschen Beamtenschaft. Der Deutsche Beamtenschaftsverband hat die Beschlüsse der Deutschen Beamtenschaft in diesem Jahre zu wiederholen. Der vorjährige Sammlungsbeitrag in Höhe von rund einer Million Mark war zur Hälfte für die Kindererziehung, zur anderen Hälfte für die Erholungsheime und Heilanstalten bestimmt. Das Ergebnis der diesjährigen Sammlungsaktion soll den gleichen Zwecken, insbesondere auch der Tuberkulose- und der Hinterbliebenenversorgung dienen, namentlich in Fällen, wo es sich um Vollwitwen mit erwerbsfähigen Kindern und um Vollwaisen handelt. Wie der amtliche Preussische Beamtendienst hierzu mitteilt, erklärt der Minister des Aeußeren in einer Verfügung, daß nichts dagegen einzuwenden sei, den Wünschen des Beamtenschaftsbundes Rechnung zu tragen und die Sammlungen in den Diensträumen zu gestatten.

Die Arbeitszeit im deutschen Steinkohlenbergbau. Im Reichstagsauschuss für Sozialpolitik wurde der Gesetzentwurf über die Arbeitszeit im Steinkohlenbergbau erledigt. Der Entwurf macht die tarifliche Regelung der Arbeitszeiten zur gesetzlichen Grundlage in der Weise, daß auch durch allgemeinen verbindliche Tarifverträge die jetzt geltenden regelmäßigen täglichen Arbeitszeiten nicht erhöht werden können.

Aus Stadt und Land.

Im Wasserbottich ertrunken. In Raulsdorf bei Berlin hat sich ein merkwürdiger tödlicher Unfall zugetragen. Auf einem Laubengrundstück spielte das vierjährige Kind des Ehepaars Poppe. Plötzlich fiel das Kind in einen großen Bottich, der mit Wasser gefüllt war. Ehe Hilfe herbeikam, war die Kleine ertrunken.

Straßenüber in Frauenkleidern. Die Unsicherheit auf dem Lande nimmt immer mehr zu. Die bei dem Bahnhofswirt in Karstbaum in Pommern beschäftigte Wirtschaftlerin Berta Behne wurde von einigen fremden Personen in Frauenkleidern nach dem Wege zum Nachbarort gefragt, gleichzeitig flagden sie über Hunger und baten um Brot. Noch ehe die Wirtschaftlerin berechnete Wort hören wollte, er

hielt sie einige Schüsse. Der Bahnhofswirt Urban wurde ebenfalls mit Schüssen empfangen, so daß er tot zusammenbrach. Die Wirtschaftlerin eilte trotz ihrer schweren Verletzungen zum Nachbarort, aus aber Hilfe eintraf, waren die Verbrecher verschwunden.

Hagekreuzer in Thüringen. Ein schweres Hagekreuzer ging über Behesten in Thüringen nieder. Weithin liegen die Saaten auf dem Getreidefeldern wie niedergemäht. In Schmiedebach lag der Hage bis 25 Zentimeter hoch. Die Bäume sind fast zahl geschlagen.

Ermittlung eines marokkanischen Mördermörders. Der Mörder der Frau Gudes aus Berlin ist jetzt in der Person eines Soldaten der marokkanischen Besatzung ermittelt worden. Dieser Soldat war vor einiger Zeit wegen Selbstgefährdung in das Mainzer Lazarett gebracht worden. Er zeigte sich dort verdaßigt, wurde wieder nach Berlin zurückgebracht und hat nunmehr die Mordtat eingestanden.

Schon wieder ein Bombenanschlag in Hamburg. Ein neues Attentat in Hamburg auf das Freiendeutsche Haus in der Johnallee zum zweiten Male innerhalb von vierzehn Tagen, verlief ohne Erfolg. Das Explosivgeschloß, das durch die Fenster der Bäckerei geschossen worden war, hatte nicht gezündet.

In Gegenwart seiner Frau ermordet. In Gegenwart seiner Frau und Tochter wurde zwischen Oberhof und Weihenbrunn ein Fabrikant überfallen. Der Frau und Tochter wurden die Handtaschen entzerrt. Als der Mann um Hilfe rief, erschloß ihn der Räuber. Der Erschossene ist der aus Chemnitz stammende 69 Jahre alte Margarinefabrikant Fr. Kiechler.

Das spanische Königspaar kommt Ende Juli zum Besuch der Passionsspiele nach Oberammergau. Don Alfonso von Bourbon, ein Bruder des Königs, ist bereits dort.

Eine fünfjährige kommunistische Räuberbande trieb ihr Unwesen an der memelländisch-litauischen Grenze. Sie plünderte die dortigen Gehöfte, brannte die Besetzungen nieder und ermordete die Einwohner. Da es der Polizei nicht gelang, die im Walde gut versteckten Räuber auszuheben, wurde litauisches Militär aufgeboten, das den Raub abjuchte und die Räuber in einer regelrechten Schlacht überwältigte. Die Räuber flüchteten nach Lettland. 22 Mann konnten gefangen genommen werden, drei weitere Räuber wurden bei einem Fluchtversuch erschossen.

Keine Krebspest mehr! Die Krebspest, die jahrelang in den Gewässern von Norddeutschland alle Krebsbrut vernichtete, scheint endlich erloschen zu sein. Es zeigen sich jetzt, wo alles rüchmig geht, wieder diesjährige Krebs, 1 bis 2 Zentimeter lang, in so großer Zahl, daß man in den nächsten Jahren wieder mit größeren Fängen in Ober, Havel und regnen kann.

Streik in Amerika. Nach einer Meldung aus Illinois (D. Staaten) sind bei einem Angriff von 5000 streikenden Bergarbeitern auf die Gebäude der Kohlenbergwerke 15 Personen getötet und mehr als 20 verwundet worden. Die Mehrzahl der Toten sind Bergwerksarbeiter. Eine tausendköpfige Menge, darunter viele Bewaffnete, hat sich auf den Schauplatz der Unruhen begeben.

Gerichtssaal.

Im Tode verurteilt. Das Schöffengericht in Hirschberg verurteilte nach zweitägiger Verhandlung den Viehhändler Ludwig Baier aus Döberitz wegen Raubmordes zum Tode. Baier hatte im Februar den Besitz der Kuhndorf aus Polenz auf der Landstraße erschossen und beraubt.

Sport und Verkehr.

Ein neuer Weltrekord im Laufen. Bei den sportlichen Wettkämpfen in Zammerfors (Zimland) aus Anlaß der großen landwirtschaftlichen Ausstellung stellte Hannes Kolchman einen neuen Weltrekord auf. Er lief fünfundzwanzig Kilometer in 1 Stunde 25 Minuten 19,9 Sekunden.

Überfliegen des Atlantischen Ozeans. Die beiden portugiesischen Flieger Gago Coutinho und Sacadura Cabral, die vor kurzem von Portugal aus den Atlantischen Ozean überquert haben, sind in Rio de Janeiro gelandet. Unterwegs haben sie sämtliche Stationen der brasilianischen Küste berührt.

Luftzug Moskau-Berlin ohne Zwischenlandung. Ein Hoherflugzeug der deutsch-russischen Luftverkehrsgesellschaft trat unter Führung des deutschen Piloten Stallbrück in Staaken ein. In dem Flugzeug befanden sich der russische Vertreter in Berlin, Krejzinski, mit Gefolgschaft. Das Flugzeug startete in Moskau und flog ohne Zwischenlandung bis nach Staaken. Die Entfernung beträgt in der Luftlinie 1800 Kilometer. Der 15 stündige Flug führte bei unruhigem Wetter über Kalmückberg unter Umgehung des polnischen Korridors nach Berlin-Staaken.

Bereine und Versammlungen.

Zugung des Bunderevereins. Unter großer Beteiligung aus allen Teilen Deutschlands einmündlich der Bergleute und der abgetrennten Gebiete fand in Wernigebode die diesjährige Hauptversammlung des Deutschen Bunderevereins statt. Die Versammlung wählte nach einem eingehenden Vortrag des Herrn Geheimen Kommerzienrats Bürgenstein-Berlin über die allgemeine wirtschaftliche Lage, insbesondere im Buchdruckgewerbe, an Stelle des Herrn Hofrat Dr. Künhardt-Berlin, der nach langjähriger Tätigkeit das Ehrenamt als erster Vorsitzender niedergelegt hatte, Herrn Dr. Petersmann-Berlin zum ersten Vorsitzenden, Herrn Stadtrat Henemann-Berlin zum zweiten Vorsitzenden und Herrn Suberkompten zum stellvertretenden Vorsitzenden. Unter den zahlreichen Punkten der Tagesordnung gelangte die wichtige Satzungsänderung zur Annahme, daß der Hauptvorstand ermächtigt ist, Geschäftsstellen außerhalb des Vereins zu errichten.

Wissenschaftliche Gesellschaft für Luftfahrt. Die 23. jährige Tagung der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt in Bremen fand mit der Norddeutsche Lloyd-Dampfers „Grüß Gott“ ihren Abschluß.

Lozales.

Jedenkafel für den 25. Juni. 1730 Die Augustische Konfession wird auf dem Helde in Augsburg vor Karl V. verlesen. — 1842 Der Dichter Heinrich Seidel zu Berlin (Med. f. 1806) — 1908 Der Dichter Wilhelm Jordan in Frankfurt a. M. — 1914 Kürdelt des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Volkswirtschaft.

Wieder deutscher Schiffverkehr mit Antwerpen. Wägen der Gemeindeverwaltung Antwerpen und dem in Antwerpen deutschen Generalkonsul sind Unterhandlungen im Gange, um den deutschen Schiffverkehr wieder im Hafen von Antwerpen zu lassen. Die Unterhandlungen verlaufen günstig. Die Konsulatsliste hat bereits um einen Ankerplatz nachgelassen und einen solchen erhalten. Andere Ankerplätze werden wartet.

Berlin, 23. Juni. (P. B.) Das Schiff war von der bewegten politischen Ereignissen und trotz der fröhlichen Selbsterhaltung (Dollars 231) außerordentlich still. Der Auftragsbeleg bei den Banken war noch tiefer als an den letzten Tagen. Die Kunstmarkt ist mit nicht mehr in erworbenen Wertpapieren kaufen zu kaufen, andererseits hat aber auch die Abgabemenge nachgelassen.

Der Stand der Berliner Börse am 23. Juni. Es folgten nach den täglichen Notierungen der Berliner Börse am

100 holländische Gulden	127,4	124,84	187,
100 belgische Franken	284	267,6	80,
100 dänische Kronen	7091	6961	112,
100 schwedische Kronen	8465	8389	112,
100 italienische Lire	7583	1593	80,
1 englisches Pfund	1460	1453	20,
1 Dollar	831	828	4,20
100 französische Franken	2923	2823	80,
100 schwedische Kronen	6284	6243	80,
100 schweizerische Kronen	632	622	

Berlin, 23. Juni. (Barenmarkt.) Amt Notierungen für 50 Kg. ab Stationen: Weizen Markt 830-840, Roggenmarkt 830-840, Weizen Markt 830-840, Sommergerste 595-608, Sommergerste 638-648, Hafer Markt 642-650, Sommergerste 638-648, ohne Prov.-Ang. Brompt 558-562, Weizenmehl 100 ohne 1520-1600, Weizenmehl 2075-2200, Roggenmehl 100 Kg. 1520-1600, Weizen 465-475, Roggenmehl 470-480, Weizen 725-745, R. E. Weizen 1250-1300, Gerste, Wintergerste 580-600, Weizen 620-650, Wintergerste 600-650, Weizen 600-730, Weizen 510-550, Gerste 635-740, Weizenmehl 520 — Heu und Stroh. Weizen, Roggen und Haferstroh Station: Brauk. Weizen, Roggen und Haferstroh 120 bis 145, Weizenmehl 135-145, Weizenmehl und Weizenmehl 100-120, Hafer 175-190, Weizenmehl 265-290, Weizen 200-215 M.

Schlußdienst.

Voranszahlung der Beamtengehälter. Berlin, 23. Juni. Wie von zuständigen Stellen mitgeteilt wird, werden den Beamten und Angestellten des Reiches ihre am 30. Juni d. J. fälligen Bezüge nicht am 24., sondern am 26. d. M. abgezahlt werden. Zunächst soll der Auszahlung der Bezüge der unteren Besoldungs- und Vergütungsgruppen begonnen werden.

Gewerkschaften und Arbeitsgemeinschaften. Leipzig, 23. Juni. Der Gewerkschaftsausschuss beschloß mit 146 gegen 225 Stimmen, aus der Gewerkschaftsgemeinschaft auszutreten. Der Bundesausschuss hatte sich für eine Resolution des Reichsausschusses für die Arbeitsgemeinschaft eintrug.

Die Abfindung der Wittelsbacher. München, 23. Juni. Zwischen den Reichsverträgern des Hauses Wittelsbach und Bayern nunmehr nach fast 2 1/2 jähriger Dauer die Verhandlungen über die Abfindung abgeschlossen worden. Finanzministerium war in der Lage, den erforderten Gehaltswert auszuwarbeiten, der nunmehr den Ministerrat beschäftigt hat, so daß diese Angelegenheit nunmehr zur parlamentarischen Erledigung reif ist. Ob es nun aber möglich sein wird, diese Angelegenheit in Landtage noch rechtzeitig vor den Sommerferien zu erledigen, steht noch nicht fest.

Preussischer Landtag.

Berlin, den 23. Juni. Die zweite Beratung des Haushalts des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten wird fortgesetzt. Abstimmung über die Anträge zur Schuldfrage. Abg. Wastraf (Dnt.) erklärt, daß seine Partei auf Standpunkt habe, Deutschland trotz am Weltkrieges Schuld die Frage Unschuld oder Teilschuld Deutschland am Weltkrieges steht hier nicht zur Erörterung. Unterstreben geht vielmehr dahin, die den Verfallten Frieden gründende und stützende Aufgabe der Alliierten Deutschlands mit möglichst nachdruck zu erfüllen. Am Ende einer einmütigen Kundgebung des Landtags meinte Freunde unter Wahrung ihres grundsätzlichen Standpunktes für den sozialdemokratischen Abänderungsplan können.

In der Abstimmung wird der Antrag dann in der Form gegen die Unabhängigen und Kommunisten angenommen. Danach soll das Staatsministerium bei dem Reichspresidium werden, daß die Reichsregierung durch Veranlassung Material.

1. der vom Reichsbund berechneten Lage entgegen als ob das Deutsche Reich den Weltkrieg allein abschließen vermag;
2. die den Feinden zur Last fallenden Kriegsschuld und Kriegsverbrechen zurückzugeben.

Der Haushalt des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten wird angenommen, ebenso auch die verschiedenen Anträge, insbesondere über Sicherstellung der Kriegsernährung und der Kartoffelversorgung, sowie auf Verhinderung der Verschwendung von Getreide und Viehfütterung und bessere Versorgung der Bevölkerung mit Jucker zu erträglichen Preisen. — Es folgt zweite Beratung des

Deutscher Reichstag.

Berlin, den 23. Juni.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst einige kleine Anfragen. Auf Anfrage der Abg. Dr. Beterien (Dem.) und Körner (Dnt.) wird mitgeteilt, daß an Franken- und württembergische Forschungsanstalten unergänzter Drammwein zum ermäßigten Verkaufspreis nicht mehr abgegeben werden kann.

16 Millionen Mark für Genua.

Auf eine Anfrage des Abg. Lambach (Dnt.) wird zur Kenntnis gebracht, daß die Kosten für die Entsendung der deutschen Delegation nach Genua 1 015 000 Lire betragen haben, das sind rund 16 Millionen Mark. Die Reisekosten sind nicht inbegriffen.

Eine Vorlage zur Minderung des § 11 des Reichsbeamtenengesetzes, wonach der Disziplinarhof aus 30 Mitgliedern bestehen soll, wird angenommen. Ebenfalls angenommen wird das Schutzesetz für die durch die Währung der ehemals preussischen Zellgebiete Polens getroffenen Schuldner.

Die politische Aussprache.

Staatssekretär im Wiederaufbaumministerium Müller vertritt das Wiesbadener Abkommen gegen die Vorhaltungen des Abg. Daub. Es sei absolut ausgeschlossen, daß mit dem Abkommen über den Friedensvertrag oder das Londoner Ultimatum hinausgegangen worden sei. Es sei keinerlei Mehrbelastung für Deutschland eingetreten. Von einem Eingriff in das Privatvermögen sei keine Rede. Der Vorwurf, es seien deutsche Rechte preisgegeben worden, ist also unbeschäftigt.

Abg. Dr. Seiffers (Dnt.) erklärt: Deutschlands agna-

der Jänner läme hier zum Ausdruck. Ein Reichstag, eine Anklage reibe sich an die andere. Anklagen gegen diejenigen, die Deutschland gegenüber nichts kennen als schrankenlose Willkür, Tyrannel und Zerküftung. In diesen Stunden trat das Bild des geachteten und gefürchteten deutschen Kaisers, reichs wieder vor die Augen, der Stolz der Vergangenheit, die Sehnsucht der Zukunft. (Der Kaiserreich habe die Macht gehabt, sein Recht zu schützen. Es habe niemals seine Macht mißbraucht und sei der sichere Hort des Friedens gewesen. (Aufstimmung rechts, links.) Die vom Reichswärtigen Amt veröffentlichten Dokumente seien ein monumentales Denkmal des Friedenswillens Deutschlands und Bismarcks, den die Völkler immer nur in Kürassierfelsen und einem Kranz aus Lorbeer und Palmen niederlegen. (Weisung rechts, links.) (Zuruf des Abg. Malgahn (Dnt.): „Das wäre verrückt!“ Allgemeine Unruhe und Rufe: — Der Reichstag weist den Jura als sehr ungeschickig zurück.) Kaiser und Kaiserin waren vom Friedenswillen 1914 so durchdrungen, daß sie auch bei den anderen verantwortungsbewußten Reichsmitgliedern nicht den Willen voraussetzten, den Völkern zu entfesseln. Der polnische Adler in Oberschlesien, Kamer im Rheinland und an der Saar, das ist das einzige greifbare Resultat der Erfüllungspolitik. Vor uns liegt der Abgrund, wenn das Moratorium am 31. Dezember 1922 abgelaufen sein wird. (Niederer erinnert den Kaiser daran, daß er noch am 28. März sich entschieden jede Feindkontrolle ausgesprochen und schon am 9. Mai in der Note an die Entente erklärt habe, daß die deutsche Regierung mit „Satzaktion“, mit „Gegenung“ von der Arbeit der Reparationskommission Kenntnis genommen hat. Es sei bei der Ordnung der deutschen Finanzen zu unterstützen. (Lärm hört)

Handhabe des Finanzministeriums.

Die Erörterung aller Steuerfragen soll erst beim Vorkauf der allgemeinen Finanzverwaltung erfolgen. (Zuruf des Abg. Lindemann (Soz.): Die Erhöhung der Beamtengehälter muß rechtzeitig ausgegahlt werden. Die staatlichen Güterbetriebe sind in freie wirtschaftliche Unternehmungen zu verwandeln. Das Altersgrenzengesetz darf nicht suspendiert werden. (Niederer polemisiert dann gegen die Währung der Hohenzollern.)

Abg. Dr. v. Aries (Dnt.) fordert Sparsamkeit und Verminderung der Beamtenkräfte im Finanzministerium. (Niederer wünscht eine Klärung der Finanzverhältnisse des Reichs Hohenzollern aber in anderem Sinne als die Sozialdemokratie.)

Abg. Grebe (Ztr.): An dem Etat müssen noch weitere Ersparnisse gemacht werden. Der Geschäftsgang in den Ministerien läßt sich noch erheblich vereinfachen. (Niederer hat die Verwaltungslaufbahn für den akademischen Nachwuchs jeden Anreiz verloren. Die früheren eisenholländischen Beamten müssen ebenso gut behandelt werden, wie die preussischen.)

Abg. v. Cymern (D. Rp.): Von der großen Reichsleitung im Verwaltungsapparat sind schwere Schäden zu befürchten. Die Auseinandersetzung mit der Krone berührt sehr betrübende Reichsfragen. Eine Einigung mit der Krone sollte doch möglich sein. Die neue Erhöhung der Beamtengehälter begrüßen wir. (Niederer auch auf gute anprechende Anstimmungen legen unsere Beamten Wert.)

Abg. Meyers-Berlin (L. Soz.) greift den Abg. Dr. Aries an, weil er als juristischer Berater der Hohenzollern sich in den Sandtag haben wählen lassen, um dort die Interessen der Hohenzollern wahrzunehmen. Eigentlich müßten die Hohenzollern, die uns solchen Schaden gebracht haben, Gehalt leisten, anstatt sie in so ausgiebiger Weise entschädigen zu wollen.

Verkaufe das

Heugras

von meinen bei Kaltenbach und Elbersdorf gelegenen, 2 Acker Wiesen. Termin hierzu Montag Abend 7 Uhr.

Justus Stöhr, Eschwege.

Gelegenheitskauf.

Rucksäcke, Marktaschen, Aktentaschen, Geldscheintaschen, Gummibälle

Richard Mohr.

Alle Sorten Papierabfälle

wie alte Zeitungen, Bücher, Akten etc. kauft laufend zu den höchsten Tagespreisen

Hess. Papier- u. Kartonnagen-Industrie G. m. b. H.

Stempel

liefert schnell und preiswert

Buchdruckerei.



Wilh. Keim Uhrmacher Spangenberg

Im Hause des Herrn Moriz Siebert.

Große Stand-Uhren, Wand-Uhren

Alle Sorten Wecker sowie Reisewecker Schmuckwaren aller Art.

Eigene Uhren-Spezial-Reparaturwerkstatt.

Zum Sänger-Fest

empfehle ein reichhaltiges Lager in

Uhren und Schmuckwaren

Für Herren:

- Taschenuhren und Ketten
- Zigarettenetuis u. Zigarettenspitzen
- Manfchettenschnüpfle, Vorstiednadeln
- Nadeln für weiche Kragen
- Feuerzeuge, Rasierapparate
- Messer, Mundharmonikas

Für Damen:

- Uhren mit und ohne Armband
- Uhrketten
- Perlhalsketten
- Medaillons in neuesten Mustern
- Broschen, Ringe, Ohrringe.
- Haarpanggen

Diese Woche alles zu ganz ermäßigten Preisen.

Ein Posten neue Wand-Uhren angekommen.

Kaufe altes Gold und Silber zu hohen Preisen.

Friedmann's

Uhrenhandlung und Reparaturwerkstatt.

Zahn-Praxis Paula Nienhaus

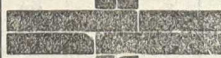
Hotel Stadt Frankfurt.

Sprechstunden:

Täglich von 8 bis 7 Uhr
Sonntags von 9 bis 11 Uhr

Frauen-Qual.

Jetzt wird



Ihnen geholfen

bei Störungen u. Stockungen verwenden sie meine Spezialmittel

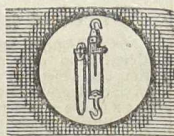
1000 Erfolge,

vielfach in einigen Stunden, oder nächsten Tage, schmerzlos, ohne Berufsörung, unschädlich, mit

Garantie-Schein

Teilen Sie mir mit, wie lange Sie klagen. Diskreter Versand.

Fr. Merrens, Dortmund Schwaimenwall Nr. 31



Hebezeuge liefern ab Lager

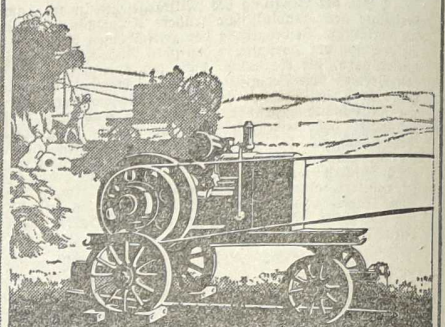
Wiethoff & Co. Cassel
Wolfschlucht 6 Fernspr. 3210

In- u. Ausländer

suchen sofort Grundbesitz, gleich welchen Ort, auch Hotel, Wirtschaft, Mühle od. Landwirtschaft. Beschreibung, erb. u. Pa. 4941 an Geogr. Eisler, Hamburg 3.

DEUTZ Motor-Lokomobilen

in verschiedenen Ausführungen und Größen für alle billigen flüssigen Brennstoffe.



MOTORENFABRIK DEUTZ A.G. ZWEIGNIEDERL.G. FRANKFURT/M. TAUNUSSTR. 47

Ia. Rotklee samen neu angekommen. Richard Mohr.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag den 25. Juni 1922.

2. Sonntag nach Trinitatis.

Gottesdienst in:

Spangenberg:

- Vormittags 8 Uhr: Pfarrer Schönemald.
- Vormittags 10 Uhr: Metropolitan Schmitt.
- Festgottesdienst anlässlich des 80. Stiftungsfestes des Männergesangsvereins „Liedertafel“

Elbersdorf:

Vormittags 10 Uhr: Pfarrer Schönemald.

Schnellrode:

Nachmittags 1 Uhr: Pfarrer Schönemald.

Ämtlicher Teil.

Des Sängerefestes

wegen werden zahlreiche Fremden als Gäste in unserer Stadt weilen. Die Bürger werden daher aufgefordert, zur Verschönerung des Straßenbildes beizutragen. Insbesondere sind Gegenstände, die vor den Häusern lagern (Holz, Erdbauen usw.), nach Möglichkeit zu entfernen. Spangenberg, den 23. Juni 1922.

Der Bürgermeister, Schier.

Die Zahlung der Zinsen

an die Stadtkasse wird am 1. Juli fällig. Veräumnis verursacht Kosten. Spangenberg, den 22. Juni 1922.

Der Vorstand der Stadt. Sparkasse, Schier.

Der Verkauf von Badwaren

an Sonntagen ist verboten. Spangenberg, den 3. Juni 1922.

Die Polizeiverwaltung Schier.